

„1953 und die endlose Entstalinisierungskrise. Das zentralistische System blieb“

Beitrag von Dr. Stefan Bollinger, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS, Juni 2003

Sarkastisch könnte festgestellt werden, dass der 17. Juni 1953 eine zwar problematische, aber letztlich für 36 Jahre erfolgreiche Bestätigung der "Diktatur des Proletariats" auf deutschem Boden war, obschon die "sowjetischen Klassen- und Waffenbrüder" als Besatzungsmacht den deutschen Genossen bei der Machtsicherung unter die Arme greifen mussten. Insofern könnten jene Recht haben, die die Niederschlagung der Arbeitererhebung als "innere Staatsgründung" bezeichnen. Zwar wurden einige Zugeständnisse gemacht, aber letztlich blieben "Spitzbart, Bauch und Brille" im Amte, deren Rücktritt in den heißesten Juni-Tagen der DDR-Geschichte so nachdrücklich gefordert wurde.

Der Blick auf Äußerlichkeiten und Klischees taugt nur bedingt. Ausgehend von der ersten großen und spektakulären politischen Krise des Sowjetsystems nach dem Zweiten Weltkrieg ist genauer nach Grenzen und Selbstblockaden dieses Modells eines vermeintlichen Sozialismus zu fragen und so sein Scheitern wie das Lernen aus dieser Niederlage präziser zu erfassen. Dabei ist auffällig, dass die gut zwei Wochen zuvor in Plzen (CSR) aufgebrochene Krise ebenso aus dem Blickfeld gerät wie jene Krisen, die bereits in den ersten beiden Jahrzehnten die Sowjetunion zunächst an den Rand ihrer Existenz und später an verhängnisvolle Weichenstellungen bringen sollten: 1920/21, 1928/29, 1932, die Jahre des "Großen Terrors".

Entstalinisierung als unlösbare Daueraufgabe

Als der XXII. Parteitag 1961 die Entfernung Stalins aus dem Lenin-Mausoleum beschloss, sollte der Diktator seine letzte Ruhe an der Kremllmauer finden. Die KPdSU und Chruschtschow wähten sich auf dem Höhepunkt der Entstalinisierung als kontrolliertem, notwendigem Prozess sozialistischer Erneuerung. Wir wissen, dass es ein Trugschluss war. Bei allem persönlichen Mut, den Chruschtschow insbesondere mit der "Geheimrede" auf dem XX. Parteitag 1956 bewies, konnte er sich nicht völlig durchsetzen. Mit seiner dank stalinistischer Methoden, aber (fast) ohne Terror erreichten Neuorientierung konnte er zwar Stalins Schatten hinwegschieben, nicht aber dessen Machtstrukturen dauerhaft zerstören. Das hat sich gerächt, auch für den Ersten Sekretär, der 1964 gestürzt wurde. Aber, welch' Fortschritt der politischen Kultur, er konnte friedlich, wenn auch als Unperson seinen Lebensabend fristen.

Streng genommen ist die ganze Geschichte des sowjetisch verfassten Sozialismus eine Geschichte der Entstalinisierung. Der Stalinismus-Begriff ist für die hier zu untersuchenden Fragestellungen unverzichtbar. Der Begriff korrespondiert sowohl mit zentralen Forderungen und Ambitionen der seit den 20er Jahren immer wieder aktiven innerparteilichen Kritiker und Opponenten, wie den in den Krisen seit 1953 stets wieder aufbegehrenden Bürgern, nicht zuletzt mit den Reaktionen der politisch Verantwortlichen in den Ostblockstaaten wie in den kommunistischen Parteien.

Selbst wenn der Begriff oder der Name Stalins nicht einmal fielen, waren Forderungen nach dem Ende von Repression und Wiederherstellung oder Schaffung demokratischer Strukturen ebenso typisch wie nach dem XX. Parteitag der Sturz der Denkmale durch aufbegehrende Massen. Das galt genauso für die Selbstkorrektur der kommunistischen Parteien, die sich

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

hinter den Formeln von "Personenkult", "Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit" und "Wiederherstellung der leninschen Normen des Partei- und Staatslebens" verschanzten und Denkmale des "unsterblichen Führers" schleiften. Die latenten Forderungen nach der Rehabilitierung der Opfer der Terrorherrschaft, ihre Freilassung oder posthume Wiedereinsetzung in ihre Ehre berührten bis zur finalen Krise des Sowjetblocks seine Legitimität und nachweisliche Reformfähigkeit. Schon die Dauer dieses un abgeschlossenen Prozesses sowie sein lange Zeit eher willkürlicher und geheimer Vollzug zeigten dessen Scheitern.

Selbstredend ist "Stalinismus" als Begriff ideologisch vorbelastet. Indes hatte gerade die Diskussion ostdeutscher Sozialwissenschaftler zu Wendezeiten einen breiteren Ansatz als den einer "Theorie und Praxis des sowjetischen Herrschaftssystems" herausgearbeitet. Denn in der gängigen Betrachtung steht allein die rücksichtslose Organisations- und Herrschaftspraxis kommunistischer Parteien im Mittelpunkt, wird vor allem der Terror als Herrschaftsinstrument herausgestellt und tendenziell Stalinismus mit Kommunismus/Sozialismus gleichgesetzt. In dem hier interessierenden Zusammenhang ist Stalinismus der Versuch, sozialistische Ideale und Ziele mittels eines diktatorischen Herrschaftssystems durch eine kleine Gruppe durchzusetzen - und zwar mit administrativen und repressiven Mitteln unter den Bedingungen einer tatsächlich oder vermeintlich "belagerten Festung". Es wurde dabei in Kauf genommen, dass die vorgebliche Macht der Arbeiterklasse und des Volkes letztlich als Diktatur stellvertretend für und letztlich über Arbeiterklasse und Volk ausgeübt wurde. Administrieren wog Demokratie auf, Emanzipation wurde durch Entfremdung und vormundschaftliches Handeln ersetzt. An die Stelle der erstrebten umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft und der freien Entfaltung all ihrer Glieder traten die maximale Zentralisierung der Macht, das unerschütterliche Machtmonopol der Partei und der verkündeten Ideologie, die Unterdrückung abweichender Haltungen und Handlungen, die Verstaatlichung der Wirtschaft wie der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Einführung und Durchsetzung dieses Modells von "Sozialismus" ist mit dem Siegeszug Stalins verbunden. Es wurde nach 1945 als "Exportschlager" von den osteuropäischen Kommunisten mit tatkräftiger sowjetischer Hilfe übernommen.

Unbedingt ist auf die erheblichen Unterschiede in den einzelnen Entwicklungsabschnitten zu verweisen. Vor allem die terroristische und repressive Praxis hatte in der Sowjetunion und Osteuropa in den 30er bzw. späten 40er und beginnenden 50er Jahren ihren blutigen Höhepunkt. Aus Sorge um das eigene Überleben und aus Einsicht, dass wirtschaftliche Krise und politische Apathie im Lande nur durch einen radikalen Bruch zu überwinden waren, hatten faktisch noch am erkaltenden Leichnam Stalins die sowjetischen KP-Führer ihren politischen Kurswechsel eingeleitet. Stopp der aktuellen Verfolgungswelle, Amnestie, partielle Demokratisierung der obersten politischen Führung und erste Schritte zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung wurden verkündet. Berija, Malenkov und Chruschtschow taten sich hier ebenso entschlossen hervor, wie sich Letztere mit den anderen Präsidiumsmitgliedern und den Militärs schließlich gegen den gefürchteten Geheimdienstchef Berija verschworen.

Diese Auseinandersetzungen, die das politische Klima nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch bei den Verbündeten bestimmten, waren Voraussetzung dafür, dass es 1953 zum Aufbegehren von unten kommen konnte. Moskau versuchte, von oben eine Entstalinisierung mit dem Verkünden des "Neuen Kurses", explizit für Ungarn und die DDR, einzuleiten. Die Maßnahmen bewirkten die deutliche Rücknahme der repressiven Elemente, die Verbesserung

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

des Lebensstandards der Bevölkerung und nicht zuletzt auch eine teilweise Demokratisierung, in der zumindest eine kollektivere Parteiführung und die Durchsetzung des "demokratischen Zentralismus" künftig vor Alleingängen des "ersten Mannes" wie auch der Sicherheitskräfte schützen sollten. Dies war nicht die Preisgabe des Sozialismus als Gesellschaftssystem und ebenso wenig die Preisgabe des leninschen Sozialismusmodells. Aber es war jene engere Entstalinisierung, die mit dem Namen Nikita Chruschtschow verbunden ist und die vor dem Hintergrund der Erfahrung des 17. Juni 1953 für die SED-Führer ein "Lernschock" war.

Halbherzige Schritte

Trotzdem brachten der Kurswechsel unter Chruschtschow und der "Neue Kurs" weder in der DDR noch in Ungarn oder den anderen osteuropäischen Staaten einen wirklichen Neubeginn. Die Entstalinisierungsschritte konnten zwar eine gewisse Verbesserung bewirken, nicht aber die stillschweigende Rücknahme wesentlicher Teile dieser Politik nach dem Sturz Chruschtschows verhindern. Es gab keine Rückkehr zum offenen Terror und wesentliche Zugeständnisse bei der Entwicklung des Lebensstandards, aber das stalinistische, administrativ-zentralistische Sozialismusmodell blieb bestehen.

Die Entstalinisierung im weiteren Sinne konnte bis 1989 nicht erfolgreich praktiziert werden. 1989 beziehungsweise 1991 ging ihr Erfolg nicht mit einem revolutionären Modellwechsel hin zu einem demokratischen Sozialismus einher, sondern hin zu einem Kapitalismus, der sich alsbald als einer entpuppte, der nicht mehr der zeitweise sozial gezähmte war. Versuche einer umfassenden Entstalinisierung hat es in den dreieinhalb Jahrzehnten nach 1953 wiederholt gegeben, darunter zwei von oben eingeleitete umfassende Entstalinisierungsversuche in Krisensituationen, die aber scheiterten: in der CSSR 1968 an der Übermacht der herrschenden politbürokratischen Klasse, die nicht nur in Prag, sondern vor allem in Moskau ihre Macht bedroht sah, und schließlich nach 1985 in der Sowjetunion, nachdem nun Teile in der Führungsmacht begriffen, dass ein Wandel erforderlich war, auf Grund fehlender inhaltlicher und materieller Substanz im Lande.

Innere und äußere Bedingungen

Bei der Betonung der inneren Gründe für das Scheitern ist im vergangenen Jahrzehnt der Aspekt der Systemauseinandersetzung aus dem Blick geraten. Aktuelle Untersuchungen bestätigen den Ernst und die Komplexität dieser Bedrohungen. Der Kalte Krieg führte zumindest in den 50er und beginnenden 60er Jahren dicht an den Abgrund eines heißen. Insbesondere die US-amerikanische Roll-Back-Strategie als "Befreiungspolitik", wie sie 1952 ihren Höhepunkt zu Zeiten des Korea-Kriegs fand, hatte Auswirkungen auf die Wahrnehmungen in West wie Ost. Das erklärt nicht zuletzt Stalins akute Kriegsfurcht von 1952, die für den verhängnisvollen Kurswechsel hin zu einer "Militarisierung der DDR" und einer ruinösen Aufrüstung verantwortlich waren, die unmittelbar zu den Krisen 1952/53 führten - in ganz Osteuropa.

Die Crux dieses stalinistischen Systems war dessen Fähigkeit, mit seinen inneren und äußeren Krisen fertig zu werden. Es war auf Grund seiner Strukturen krisenanfällig und zugleich krisenresistent. Nur hatte sich frühzeitig ein doppeltes Krisenwahrnehmungs- und damit Lösungsmodell ergeben: Zum einen wurden Bedrohungen der inneren Stabilität als das Werk des Klassenfeindes angesehen, der nach der jeweiligen inneren Zerschlagung allein durch den Westen ("die" USA, die "Bonner Ultras", die "feindlichen Agenturen" ...) dargestellt wurde.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Zum anderen bedeutete dies, dass das Agieren innerer unzufriedener, opponierender Akteure - damit auch der eigentlich staatstragenden Arbeiterklasse - eben nur durch den Missbrauch und die Irreleitung durch den äußeren Feind zu erklären war und diese inneren Kräfte (zumindest ihre tatsächlichen oder vermeintlichen Anführer) als "Feinde" behandelt werden mussten.

Gelegentlich gab es am tiefsten Punkt von Krisen realistische Einschätzungen: "Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter!" Aber typisch blieb, dass entsprechend der klaren Sicht auf die Verteidigung der Macht und die äußere imperialistische Bedrohung einfach und entschlossen gehandelt wurde. Jenseits der naturgemäß vorhandenen Zweifel blieb die Reaktion der kommunistischen Parteiführer fast ausnahmslos einem repressiven Muster unterworfen, das in zweifacher Gestalt daherkam: einerseits als voller und ungehemmter Einsatz der Repression, in dem allein die außenpolitischen Spielräume, die Angst vor einem Weltkrieg und das Abwägen möglicher innerer Risiken die Intensität der Repression beeinflussten. Andererseits - wenn irgend möglich und finanzierbar (oft genug mit sowjetischer Hilfe) - der Einsatz von Zuckerbrot, so das Vorziehen von sozialen Leistungen, eventuell auch mal das "Tauwetter" für die Intellektuellen.

Von Anfang an fehlte ein Mechanismus der (gewaltlosen) Krisenregulierung. Das stalinistische System entwickelte einen Krisenmechanismus, der allein für zwei Herausforderung gut geeignet war: die militärische Konfrontation und die Verhinderung eines Bürgerkriegs im Innern durch rechtzeitige Ausschaltung der Opposition. Mit dem Wandel der Herausforderungen wurden beide Schwerter trotz des großen Aufwandes zunehmend stumpf - das militärische Bestehen verlangte ökonomische Stärke und Modernität, aber vor allem den Rückhalt im Volk, besonders bei der Jugend. Die innenpolitische Auseinandersetzung verlangte nach klar definierbaren Klassenfeinden und imperialistischen Agenten. Und die gingen in den 70er Jahren langsam, in den 80er Jahren - trotz des neuen Kalten Krieges - immer schneller verloren.

Dozent Dr. phil. habil. Stefan Bollinger, Berlin, ist Politikwissenschaftler und Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS

[Quelle: http://www.pds-online.de/politikpublikationen/disput/view_html?zid=1149&bs=1&n=17&archiv1.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---